

Illustriertes Tageblatt

SÄCHSISCHE HEIMATZEITUNG DES STOLLE-VERLAGS

Bezugspreis
Erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Der Bezugspreis beträgt monatlich M. 2.-, einschließlich 20 bis 25 Pfg. Fracht. Je nach Bezirk; durch die Post bezogen, monatlich M. 2.- ohne Zustellgeb., einschließlich 20 Pfg. Postgeb. Preis der Einzelnummer 10, Sonnab.- u. Feiert.-Nr. 15 Pfg. Für unversandt eingekaufte Beiträge und Bilder wird keine Gewähr übernommen. — Für Fälle höherer Gewalt, Verweigerung usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückersatzung des Bezugspreises. — Verlag: Siemens Verlag, Nachfolger, St. Stolle (Stolle-Verlag), Freital, Gutenbergstr. 9-11, Fernspr. Sammelnummer Dresden 67 28 86. — Niederlassung Dresden, Marienstr. 26, Fernsprecher Nr. 28790
Druckanschrift: Stolle-Verlag

Ausgabe E mit:
Elbtal-Abendpost
Sächsische
Vorzeitung und Elbgaupresse
Sächsischer Kurier
Dresden-N., Marienstr. 26, Fernspr. 28790 / Dresden-Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4 Fernspr. 31307

Anzeigenpreis
Die sechsmal gespaltene Millimeterzeile (46 mm br.) oder deren Raum kostet 16 Pfg., einschließlich „Dresdener Neue Presse“ (wöchentlich einmalig) 20 Pfg.; die viermal gespaltene Millimeterzeile im Textteil (72 mm breit) oder deren Raum 30 Pfg., einschließlich „Dresdener Neue Presse“ (wöchentlich einmalig) 40 Pfg. — Für Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgenommen werden, wird keine Gewähr übernommen. Nachlassanspruch erfolgt bei Konkurs oder Zwangsvergleich des Auftraggebers. — Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung ist Dresden.
Verlagsort: Freital

Nr. 16 Donnerstag, den 19. Januar 1939

Fast 40 Milliarden Dollar Staatsschuld der Vereinigten Staaten

Die arabische Welt in Bewegung

Von unserem Mitarbeiter Franz von Caucig.
Man sieht unmittelbar vor schwerwiegenden Ereignissen in der arabischen Welt. England und Frankreich sind plötzlich beide zu Gegenspielern dieses arabischen Blocks geworden, und zwar in einem Ausmaße, das bisher nicht zu erwarten war.
Es handelte sich bisher immer nur um Palästina. In den letzten Wochen hat sich das Problem aber auch auf Syrien ausgeweitet.
Seit dem Augenblick, da man in Paris begann, sich den europäischen Belangen mit geringerer Aufmerksamkeit zu widmen und das Schwergewicht wieder auf seine eigene imperiale Politik zu verlegen, ist es in Syrien klar geworden, daß mit einer Nationalisierung des sprichwörtlichen Abkommens kaum zu rechnen sei. Dieses Abkommen, das 1937 paraphiert wurde, sieht vor, daß Syrien Ende 1939 aus dem Mandatsverhältnis Frankreich gegenüber entlassen werde, daß es als selbständiger Staat dem Völkerbunde beitrete und über seine Geschichte, im Innern und nach außen hin, frei verfügen könne, jedoch immer im Rahmen eines Freundschafts- und Militärbündnisses mit Frankreich.
Während das syrische Parlament das Abkommen ratifizierte, hat es Paris verstanden, diese Ratifizierung zu verschieben.
Es haben sich in Frankreich kurz nach dem durch die Volksfront-Regierung besorgten Vertragsentwurf Stimmen erhoben, die sich gegen die Entlassung Syriens aussprachen. Diese Gegnerschaft erklärt sich vor allem aus der Frage des französischen Erdölbesitzes — man weiß, daß eine Oelleitung von Kirkuk (Irak) quer durch Syrien ans Mittelmeer führt — und aus der Frage des französischen Einflusses im Nahen Osten und im Ostmittelmeer überhaupt.
In Syrien begann man kurze Zeit nach der Paraphierung, die innere Politik nach eigenem Ermessen zu gestalten. Seit mehreren Wochen bemüht sich nun die französische Regierung, diese schon weit fortgeschrittene Entwicklung wieder zurückzuschrauben, was zu den heftigen inneren Unruhen in Syrien führte. Der syrische Ministerpräsident, Dschamil Wardam, wollte über zwei Monate in Paris, um die Ratifizierung durchzubringen; es ist ihm nicht gelungen, und vor wenigen Tagen ist er nach Damaskus zurückgekehrt. Wegen ihm erhoben sich gewisse Kräfte, die man als nationale Extremisten bezeichnen könnte, Wegner der „Batani“-Partei die der Ministerpräsident führt.
Die werben dieser Partei zu große Nachsichtigkeit und Mangel an Energie vor und bestehen darauf, daß man Frankreich eventuell mit Gewalt und Aufruhr zwingen, das gegebene Versprechen einzuhalten.
Aber nicht nur die Wegner der Batani-Partei, sondern auch die Klanten und die Drusen erheben sich gegen die derzeitige Regierung in Damaskus; sie sehen jetzt für sich den Zeitpunkt gekommen, ihre eigenen Wege zu gehen und die seit Jahrzehnten erträumte Selbstverwaltung zu erringen. Die täglichen Kämpfe sprechen eine brennende Sprache. Das Beispiel, das Frankreich durch ein selbständiges Libanon und einen selbständigen Sandshah von Alexandrette gegeben hat, macht Schule. Allerdings weigert sich in diesem Falle nicht nur Damaskus, sondern auch Paris, diesen Wünschen auch nur im Geringsten nachzukommen.
Inzwischen hat die Partei der Batani und vor allem der syrische Ministerpräsident erkennen müssen, daß es mit Frankreich keine Verhandlungsbasis mehr gibt. Frankreich will

den, der Rusli von Jerusalem, der nach seiner Flucht in Damaskus residiert, weiß heute auch Syrien hinter sich. Heute sind Frankreich und England gleichmäßig daran interessiert, dies zu verhindern, denn es besteht kein Zweifel, daß alle bisherigen arabischen Bemühungen nur als Vorhutgefechte anzusehen sind.
Das Endziel ist — das wurde schon oft erklärt — die Schaffung eines grobarabischen Reiches im Nahen Osten, das sich aus den Provinzen Transjordanien, Palästina und Syrien zusammensetzt.
Für die Londoner Konferenz bedeutet es kein gutes Omen, daß sich die arabischen Staaten so sehr bemühen, erst unter sich Klarheit zu schaffen und auf Verhandlungen untereinander zu bestehen, ehe sie nach London gehen. In arabischen Kreisen glaubt man mit Bestimmtheit, daß die Konferenz zu keinem Ergebnis führen wird. Die Folge eines formellen Bruches Englands oder Frankreichs mit der arabischen Welt könnte zu schwersten Rückwirkungen in den beiden westeuropäischen Staaten selbst führen, weshalb ein syrischer Abgeordneter vor wenigen Tagen wohl mit Recht erklärte, daß das Jahr 1939 den wichtigsten Markstein der arabischen Geschichte darstellen werde.

auch in den Stunden der Gefahr eine Existenz zu garantieren, um das Vaterland zu schützen gegen internationale Bedrängungen, wie sie Italien in der Zeit der Sanktionen erfahren habe. Er schloß mit dem Wunsch, daß junge Wissenschaftler und Techniker der beiden Länder durch die Deutsch-Italienische Studienstiftung den Wert praktischer Erfahrungen und einer herzlichen Zusammenarbeit aus eigener Anschauung erkennen möchten.
Reichserziehungsminister Rust betonte nach interessanten Vergleichen der Geschichte Deutschlands und Italiens mit der der westlichen Demokratien, daß das geistige Schaffen des deutschen und des italienischen Volkes für die Kultur der Menschheit unermessliche Werte geschaffen habe.
Deutschland und Italien haben heute ihre gemeinsame historische Mission erkannt auf dem Gebiete des politischen Volkens und auf dem des kulturellen Schaffens.
Abschließend gab der Minister dem Bunde den Ausdruck, daß die Stiftung reiche Früchte tragen möge.
Dann folgte der Vortrag des Präsidenten des „Istituto nazionale per le Relazioni Culturali con l'Estero“, Onorevole Alessandro Pavolini. Er behandelte das Thema „Die Nähe und die kulturellen Beziehungen“ und führte etwa folgendes aus: Die Kulturverträge sind eine Neuheit der modernen Diplomatie. Der reichhaltigste aller in der Geschichte der Diplomatie verzeichneten Kulturverträge ist der zwischen den beiden Mächten der Achse. Er schließt die Kultur in allen ihren Abteilungen ein, von der Verbreitung der Elementar-begriffe bis zum Fortschritt der Wissenschaften. Er wendet sich an die beiden Völker in allen ihren Ständen von der Sprache bis zum Buch, vom Theater bis zum Rundfunk und vernachlässigt keine Ausdrucksmöglichkeit sowie keine Mittel und Wege zur Verbreitung der Kultur.
Wir erblicken in der Nähe des Rückgrats des erneuerten Europas, den Lichtstrahl zu seinem geistigen Wiederaufschwung und das Bollwerk der Verteidigung seiner Kultur gegen die Wiederkehr der Barbarei.
Den Abschluß der Eröffnungsfeier bildete eine Rede des Präsidenten der Deutsch-Italienischen Studienstiftung, Dr. Ludwig von Winterfeld, über das Thema „Die europäische Bedeutung der neuen Wirtschaftsformen in Deutschland und Italien“.

Ein praktischer Erfolg des Kulturvertrages zwischen Deutschland und Italien

Aufgaben und Ziele der Deutsch-Italienischen Studienstiftung

Im Goetheaal des Garnachhauses in Dablen, der reichen Schmuck angelegt hatte, fand gestern in Anwesenheit von Mitgliedern der italienischen Botschaft und Kolonie die Eröffnungsfeier der Deutsch-Italienischen Studienstiftung statt.
Der Präsident der Stiftung, Dr. Ludwig von Winterfeld, begrüßte u. a. den italienischen Botschafter Attolico, Reichsminister Rust, den Präsidenten des entsprechenden Schweizerinstituts in Rom, Pavolini, und die Vertreter von Staat, Partei, Wissenschaft und Wirtschaft und



Ungarns Außenminister verließ wieder Berlin
Am Mittwochmittag trat der ungarische Außenminister Graf Csaky nach einem mehrtägigen Besuch der Reichsregierung von Berlin wieder die Rückfahrt nach Budapest an. Auf unserem Bild (s. Seite 1) Graf Csaky und Reichsaussenminister von Ribbentrop die Ehrenformation der 2. H-Totenkopfstandarte „Brandenburg“ ab, die zu Ehren des ungarischen Gastes auf dem Bahnsteig angetreten war.

Neuer Höchststand der amerikanischen Schulden

Washington, 19. Januar.
Dem Ausweis des Schatzamtes zufolge erreichte die Staatsschuld der Vereinigten Staaten zu Ende der ersten 6 1/2 Monate des laufenden Rechnungsjahres mit 39 545 Millionen Dollar einen neuen Höchststand. Seit 1. Juli vergangenen Jahres ist die Staatsschuld um 2150 Millionen Dollar angewachsen. Die Ausgaben des Bundesamtes für produktive Erwerbslosenfürsorge sind besonders treffend für die Lage. Hier wurden im laufenden Rechnungsjahre bisher 1271 Millionen Dollar verbraucht gegenüber 694 Millionen Dollar im gleichen Zeitraum des vergangenen Rechnungsjahres. Präsident Roosevelt sah sich zu der Erklärung veranlaßt, daß bis 1. Juni 1939 eine Milliarde Notstandsarbeiter entlassen werden müßten, falls Senat und Unterhaus der Herabsetzung der von ihm für das Erwerbslosenfürsorge-Bundesamt verlangten Nachtragsermächtigung von 875 Millionen Dollar auf 725 Millionen Dollar zustimmen sollten.